

Politik

Schmidbauer bestätigt Geheimfonds

Überraschende Aussage im Prozess gegen Mauss

VON ANDREAS FÖRSTER

Der wegen Steuerhinterziehung angeklagte Privatagent Werner Mauss kann neue Hoffnung schöpfen. Vor dem Bochumer Landgericht hat der frühere Kanzleramtsminister Bernd Schmidbauer am Montag ausgesagt, es habe einen millionenschweren Geheimfonds gegeben, aus dem die Operationen des Agenten finanziert wurden. Damit bestätigte er Mauss' Darstellung, mit der sich dieser gegen den Vorwurf der Staatsanwaltschaft wehrt, mehr als 15 Millionen Euro Steuern hinterzogen zu haben.

Der Auftritt Schmidbauers war mit Spannung erwartet worden. Galt der von 1991 bis 1998 für Kanzler Helmut Kohl als Geheimdienstkoordinator tätige CDU-Politiker doch als letzte Hoffnung von Mauss, die Anklage zu entkräften. Steuerfahnder hatten 2012 auf einer angekauften CD mit Bankdaten der Schweizer UBS-Bank Unterlagen von Stiftungen und Konten gefunden, die Mauss unter einer Tarnidentität in Liechtenstein führt. Mauss argumentiert nun vor Gericht, dass er dieses Vermögen seit drei Jahrzehnten nur treuhänderisch für ausländische Dienste und Regierungen verwaltete und daher keine Steuern darauf zahlen musste.

Schmidbauer hatte Mauss 1991 kennengelernt und in den Folgejahren mehrfach mit ihm etwa bei Geiselnbefreiungen zusammen gearbeitet. Vor Gericht bestätigte er nun die These vom Geheimfonds. Er habe seinerzeit sowohl vom damaligen Verfassungsschutzchef Gerhard Boeden als auch von Mauss selbst erfahren, dass bereits in den 1980er Jahren eine Geldreserve in einer Offshore-Bank angelegt wurde, die der Finanzierung der Operationen des Privatagenten diente.

„Dieser Fonds war anfangs mit mehr als zehn Millionen Dollar gefüllt“, sagte er. Geldgeber seien drei Staaten gewesen, darunter Israel und die USA. Deutschland habe kein Geld eingezahlt, sei aber mehrfach Nutznießer der Geldreserve gewesen. So habe man beispielsweise zur Befreiung von deutschen Geiseln im Ausland mit Hilfe von Mauss humanitäre Hilfsprojekte vermittelt wie etwa den Aufbau einer Augenklinik im Libanon oder die Lieferung medizinischer Gerätschaften an die Rebellen in Kolumbien. Finanziert worden sei dies stets über den Geheimfonds. Ob es sich bei den in Liechtenstein gefundenen Millionen um diesen Fonds handelt oder doch – wofür deutlich mehr Indizien sprechen – um das Privatvermögen des Agenten, das konnte auch Schmidbauer nicht sagen.

Reservegelder in Steueroasen?

Dafür verblüffte er mit der Behauptung, dass die Bundesregierung bis heute ebenfalls „Reservegelder“ unter Tarnidentitäten in Steueroasen anlege, um sie bei der Vermittlung in politischen Konflikten etwa in Nah- und Mittelost oder Südamerika sowie bei der Befreiung deutscher Geiseln im Ausland einzusetzen. Ihm seien mehrere solcher Fälle bekannt, sagte der CDU-Politiker, der seit seinem Ausscheiden aus dem Bundestag 2008 nach eigenen Angaben bis heute in politischen Gremien aktiv ist, die sich mit der Terrorabwehr beschäftigen. „Wir zahlen kein Geld für Geiseln oder zur Verhinderung von Anschlägen, aber wir verhandeln und bieten humanitäre Hilfe an. Dafür gibt es diese Fonds, die in keinem Bundeshaushalt auftauchen.“

Das habe auch mit der Abdeckung solcher Operationen vor der Öffentlichkeit zu tun, sagte er. Auf die Frage des Richters nach der Kontrolle dieser „Reservegelder“ wies Schmidbauer aus: „In der Praxis der Bundesregierung ist es so, dass Gelder, die in Geheimoperationen eingesetzt werden, einer gewissen Beweglichkeit unterliegen“, sagte er lediglich. „Es gibt Ausgaben zur Gefahrenabwehr, die sich nicht abrechnen, aber rechtfertigen lassen.“

Bedrohtes Volk im Regenwald

Die NGO Survival streitet mit dem WWF über den Umgang mit einem Pygmäen-Volk in Kamerun

VON JOHANNES DIETERICH

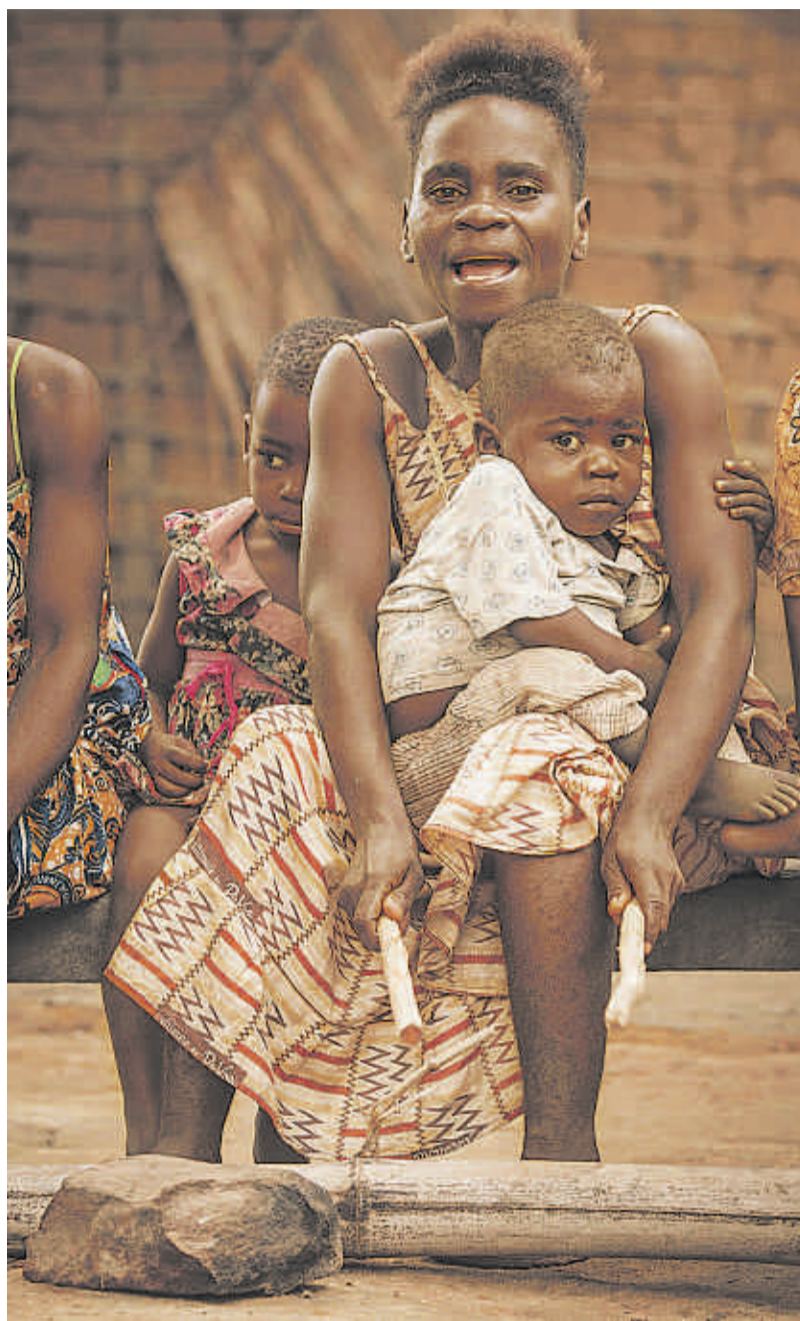
Auf den ersten Blick sieht der Vorfall nach einer rührenden David-gegen-Goliath-Geschichte aus. Die kleine Nichtregierungsorganisation Survival International fordert den größten privaten Naturschutzverband der Welt, den World Wide Fund for Nature (WWF), heraus und erzielt vor der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) einen bahnbrechenden Erfolg. Dort muss sich der WWF jetzt gegen den Vorwurf rechtfertigen, für die Drangsalierung eines Pygmäenvolks im zentralafrikanischen Staat Kamerun zumindest mitverantwortlich zu sein. Der Fall erregt nicht nur wegen der Vorwürfe selbst internationales Aufsehen: Auch die Tatsache, dass eine gemeinnützige Organisation zum ersten Mal in der Geschichte wegen ihrer „Geschäftspraktiken“ vor das eigentlich für multinationale Konzerne eingerichtete Schiedsverfahren gezogen wird, schlägt Wellen. Als Nächstes, sagen Experten, könnte etwa der Weltfußballverband Fifa vor dem Kadi der OECD landen.

Survivals Anschuldigungen zufolge trägt der WWF schon seit Jahrzehnten dazu bei, dass den im Südosten Kameruns beheimateten Baaka die Lebensgrundlage entzogen wird. Dort hatte die Regierung in Yaounde in den 90er-Jahren auf Empfehlung der Naturschutzorganisation mehrere Tierreservate eingerichtet, offenbar, ohne das Pygmäenvolk um seine Meinung zu fragen. Seither setzten vom WWF ausgebildete und mitfinanzierte Wildhüter das mit der Einrichtung der Reservate verbundene Jagdverbot brutal und rücksichtslos durch, klagt Survival: Mitglieder des Pygmäenvolks würden immer wieder geschlagen, ihre Hütten dem Erdboden gleichgemacht und ihr Besitz beschlagnahmt. „Die Ecoguards bringen Verhaftungen und Schläge, Folter und Tod über die Baaka“, meint die Hilfsorganisation für indigene Völker.

Fast zwangsläufige Spannungen

Der WWF reagiert verhalten. Zunächst bedauert die Naturschutzorganisation, dass sie vom OECD wie ein Wirtschaftsunternehmen behandelt wird. Wo man doch „eine Non-Profit-Organisation mit langer Tradition“ sei, wie es in der WWF-Zentrale in Gland am Genfer See heißt. Grundsätzlich habe der Verband allerdings nichts dagegen einzuwenden, wenn sich die OECD künftig auch der Praxis gemeinnütziger Organisationen widme, sagt Johannes Kirchgatter, Afrika-Referent des deutschen Zweigs des WWF, auf Anfrage der Berliner Zeitung. Jedenfalls werde man mit der von der Schweizer Regierung eingerichteten Schiedsstelle der OECD „gerne“ kooperieren.

Im Zusammenhang mit den Vorwürfen der Menschenrechtsverlet-



Angehörige der Volksgruppe der Baaka im Südosten von Kamerun



Verbreitungsgebiet der Baaka

zungen räumt Kirchgatter, der die vier Naturschutzparks in Kamerun aus eigener Erfahrung kennt, ein, dass es zwischen dem Pygmäenvolk und Vertretern der Regierung Kameruns Spannungen gibt: „Die Baaka sind zweifellos in einer schwierigen Situation.“ Derartige Spannungen ergeben sich bei der Einrichtung von

Naturschutzgebieten fast zwangsläufig, weil die Interessen der lokalen Bevölkerung mit denen der Naturschützer beziehungsweise der zu schützenden Tierwelt harmonisiert werden müssen. Auf diesem Gebiet hat der WWF nach den Worten Kirchgatters bereits einiges geleistet: In den Parks sollen „Sondernutzungszone“ eingerichtet werden, in denen die Baaka Fische fangen, Pflanzen und Früchte sammeln, allerdings nicht jagen dürfen: „Eine spezielle Jagderlaubnis für Mitglieder des Baaka-Volkes könnte niemals überwatcht werden.“ Stattdessen wurde gemeinsam mit den Pygmäen ein „Gemeindefeld“ hochgezogen sowie zugunsten der Urwaldbewohner ein Gesundheitssystem aufgebaut. Als die Vorwürfe gegen die Ecoguards aufkamen (denen übrigens auch Baaka angehören), habe der WWF bei der Ausbildung der Ranger auf das Unterrichtsfach „Einhaltung der Menschenrechte“ bestanden,

schließlich werde auch ein Menschenrechtsbüro eingerichtet, an das sich die Baaka im Fall von Beschwerden wenden können.

Dass es tatsächlich zu Übergriffen der Ecoguards gekommen sei, will Kirchgatter nicht ausschließen. Einzelnen Baaka wird allerdings auch vorgeworfen, mit kommerziellen Wilderern zusammenzuarbeiten – ein Vorwurf, den selbst Survival nicht bestreitet. Der WWF habe die Londoner Organisation aufgefordert, Details der Übergriffe mitzuteilen, damit der WWF den Anschuldigungen nachgehen könne, sagte Kirchgatter: Doch die Londoner Organisation habe sich darauf nicht eingelassen. „Denen geht es in Wahrheit gar nicht um eine Lösung des Konflikts“, sagt der WWF-Referent: „Wir wären froh, wenn Survival konstruktive Vorschläge unterbreiten würde.“

Realitätsfremde Idealisierung

An hilfreichen Anregungen ist der Organisation auch in anderen Zusammenhängen nicht gelegen. In Botswana führt Survival ebenfalls seit Jahrzehnten einen Feldzug gegen die Regierung, der sie „Völkermord“ unter den Buschleuten vorwirft. Der völlig überzogene Vorwurf bezieht sich auch hier auf den Konflikt zwischen Naturschützern und der einheimischen Bevölkerung: Die Regierung erlaubt es den Buschleuten nicht, mit ihren Haustieren (Ziegen und Hunden) im Naturschutzgebiet zu leben – aus Furcht vor Wilderei und der Übertragung von Krankheiten. Tatsächlich kann an der Behandlung der Buschleute seitens der botswanischen Regierung durchaus Kritik geübt werden. Doch der von Survival erhobene absurde Genozid-Vorwurf, ihre realitätsfremde Idealisierung der Buschleute sowie ihre Forderung eines Boykotts des vom Tourismus abhängigen afrikanischen Musterstaats haben den botswanischen Konflikt nur noch weiter angeheizt.

In der Metapher vom Kampf eines Davids gegen Goliath stimmen also höchstens die Größenverhältnisse. Mit einem Jahresetat von zwei Millionen Euro ist Survival International 33 Mal kleiner als der WWF und kann sich im Gegensatz zu dem Naturschutzriesen keine ständige Präsenz in Kamerun oder Botswana leisten. Auf Konfliktlösungsmöglichkeiten vor Ort scheint es den Freunden bedrohter Völker deshalb auch weniger als auf starke Sprüche zur Steigerung von Spendengeldern anzukommen. Naturschutzorganisationen wie dem WWF wirft Survival International „grünen Kolonialismus“ vor: „Stop the Con!“, lautet ein Motto der Organisation, das absichtlich zweideutig sowohl „Stopp den Betrug“, wie „Stopp den Naturschutz“ bedeuten kann. Als ob den Baaka oder den Buschleuten damit geholfen wäre, dass ihre Wälder oder Wüsten vollends zu Katastrophengebieten verkommen.



Solidarität: die Fahne Israels am Montagabend am Brandenburger Tor.

Israel zeigt Härte gegen IS-Anhänger

Behörden befürchten Anschläge neuen Typs

VON INGE GÜNTHER

Dschabal Mukaber hat mehr Terroristen hervorgebracht als jedes andere Ost-Jerusalem Viertel. Dort lebte auch der palästinensische Attentäter, der am Sonntag seinen Laster vorsätzlich in eine Gruppe israelischer Soldaten rampte. Jetzt kommt man in den arabischen Stadtteil, der direkt neben einer jüdischen Siedlung liegt, nur noch nach Ausweiskontrolle. Bei Polizeirazzien soll es neun Festnahmen gegeben haben, darunter Eltern, Verwandte und Nachbarn des Amokfahrers. Einige hatten ihn als „Schahid“, als Märtyrer gefeiert und Süßigkeiten zu seinen Ehren verteilt.

Offenbar geschah die Tat aber auch für die Familie überraschend. Der 28-jährige Vater von vier Kindern namens Fadi al-Kunbar soll nach Aussagen einer Schwester kurz vor dem Anschlag noch seine Frau angerufen haben, damit sie das Mittagessen fertig mache. In Höhe der Armon-Ha-Natziv-Promenade, einem beliebten Jerusalemer Aussichtspunkt, war der Berufsfahrer mit seinem Lkw ausgesichert und in die jungen Kadetten gerast, die gerade aus einem Bus ausstiegen. Drei Frauen und ein Mann, alle Anfang zwanzig, kamen ums Leben. Sie wurden am Montag beigesetzt. 13 weitere Soldaten wurden verletzt.

Nicht sonderlich politisch

Bei einem Besuch der Opfer im Krankenhaus sprach Premier Benjamin Netanjahu am Montag von einem „neuen Typ Anschlag“, begann von „einsamen Wölfen“. Das Phänomen von Einzelgängern, die morgens beschließen, mit einem Messer oder ihrem Auto willkürlich Passanten anzugreifen, ist in Israel zwar schon länger bekannt. Oft fanden sich auf ihren Facebook-Seiten Hinweise, dass sie etwas ausbrüteten. Spontanattacken stellen die Sicherheitsbehörden aber vor eine noch größere Herausforderung.

Im Fall Kunbar hat sich bislang keine militante Organisation bekannt, auch nicht die islamistische Hamas, obgleich sie den Lkw-Angriff als Aktion des bewaffneten Widerstands pries. Netanjahu hatte am Tatort zunächst erklärt, alles spreche dafür, dass es sich bei dem Attentäter um einen Unterstützer der Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) handele, ohne ein konkretes Indiz zu nennen. Angehörige schilderten den Mann, der einen Salafisten trug, als nicht sonderlich politisch. Der Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche, wo ein IS-Terrorist einen Sattelschlepper gezielt in die Menge gesteuert und zwölf Menschen getötet hatte, könnte ihn zumindest zu seiner mörderischen Tat inspiriert haben.

Jedenfalls beschloss das Sicherheitskabinett, Personen, die öffentlich mit dem IS sympathisierten, in Präventivhaft zu nehmen. Zudem soll das Haus des Attentäters zerstört und seine Leiche nicht zur Bestattung freigegeben werden. Anträge auf Familienzusammenführung mit Verwandten in Gaza würden überdies mit sofortiger Wirkung abgelehnt.

Ob solche Maßnahmen den gewünschten Abschreckungseffekt erzielen, wird bezweifelt. Bürgerrechtsorganisationen kritisieren sie als unzulässige Kollektivstrafe. Auch der Jerusalemer Lkw-Attentäter, habe genau gewusst, unter welchen Repressionen seine Familie leiden werde und sich trotzdem nicht abhalten lassen, schrieb die Haaretz-Journalistin Amira Hass.

Mit Gottes Segen

Der künftige EU-Etatskommissar Günther Oettinger übt sich bei seiner Anhörung in Zurückhaltung und bedauert Äußerungen

VON PETER RIESBECK

BRÜSSEL. Mancher wartet ungeduldig auf ein Vorstellungsgespräch in diesen Tagen. Günther Oettinger hatte immerhin einen Termin. Ihm wurde aber schon vor seiner Anhörung zur Beförderung zum EU-Etatskommissar die Aufregung genommen. „Ich würde uns wünschen, die Gelegenheit dazu zu nutzen, wozu sie eigentlich gedacht ist: den Kandidaten kennenlernen, um besser mit ihm zusammenzuarbeiten“, sagte die CDU-Europaabgeordnete Ingeborg Gräßle vorab.

Günther Oettinger, 63, bisher verantwortlich fürs Digitale in Europa, soll neuer EU-Haushaltskommissar werden. Davor musste er sich am Montagabend den Fragen der EU-Abgeordneten stellen. Und mit ein paar Altlasten kämpfen. Seine Parteikollegin Gräßle stellte im Plenum klar: „Es gibt ein Interesse an einer guten Arbeitsbeziehung.“

Nicht alle waren so konziliant. Oettinger hatte im Oktober in einer Rede über eine mögliche „Pflicht zur Homöe“ in Deutschland gelästert und auch von Chinesen als „Schlitzaugen“ gesprochen. So wollten die Abgeordneten vom Kandidaten wissen, wie er angesichts dieser „impli-



Trotz umstrittener Aussagen: Oettinger soll EU-Etatskommissar werden.

zit diskriminierenden Bemerkungen“ für Vielfalt sorgen wolle. Er habe niemanden verletzen wollen, sagte Oettinger darauf. Und: „Ich bedaure diese Aussagen außerordentlich.“ Thema abgehakt. Zumindest für ihn.

Auch seine häufigen Kontakte zur Wirtschaft kamen zur Sprache. „Niemand soll sagen, dass ich faul bin“, sagte Oettinger. Wenn er sich mit Vertretern der Wirtschaft treffe, gehe es um Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze. Oettinger war gut vorbereitet. Inhaltlich und strategisch. Er betonte die Budgethoheit als „Königsrecht des Parlaments“

und umwarb so die Abgeordneten. Er sprach sich für eigene EU-Steuermittel aus – eine Frage, welche die Mitgliedsstaaten kritisch sehen. Der frühere italienische Premier Mario Monti war in dieser Frage in einem Bericht im Auftrag der EU zu einem positiven Schluss gekommen. Auch Oettinger erklärte: „Wir sollten das Moment nutzen.“

Es gehe nicht um mehr Abgaben, sondern um eine Stabilisierung des EU-Haushalts. Dafür wolle er sich auch bei Angela Merkel und Wolfgang Schäuble einsetzen. „Ich bin nicht der Vertreter der deutschen Bundesregierung“, sagte Oettinger.

Und erhielt dafür Beifall. Überhaupt bemühte sich der deutsche Kommissar, seine Unabhängigkeit darzustellen und setzte sich leicht von der Bundesregierung ab. Die könnte sich vorstellen, im Zuge des Brexit auch den neuen EU-Mehrjahresetat vorzeitig neu zu verhandeln. „Eher ablehnend“ zu dieser Idee zeigte sich Oettinger. Und auch in der Flüchtlingspolitik übte er leise Kritik. „Auch das größte Mitgliedsland hat das Thema zu spät als europäisch-solidarische Aufgabe erkannt“, sagte Oettinger.

Oettinger gab sich kämpferisch. Und einsichtig: „Ich habe Schwächen“, gestand er. Zudem hatte er nicht allein mit seinen verbalen Altlasten zu tun. Er kämpfte auch gegen andere Widrigkeiten. Kommissionschef Jean-Claude Juncker hatte Oettinger vorzeitig als neuen Etatskommissar bestellt. Das kam nicht gut an im Europaparlament.

Das Plenum kann Oettinger formal nicht stoppen. Es kann nur die gesamte Kommission ablehnen. Am Donnerstag befinden die Fraktionschefs über Oettingers Berufung. Der gab sich zuversichtlich. Er wünschte den Abgeordneten „ein gutes neues Jahr. Erfolg. Und Gottes Segen.“ Da war der Kandidat schon nicht mehr im Bewerbermodus.